



dbu

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e.V.

Geschäftsstelle: Siemensstr. 26 A, 12247 Berlin

Tel. /Fax +30/7715-484

dbu@dbu-online.de - www.dbu-online.de

Von rechts nach links und links nach rechts

Wahlen stehen vor der Tür. Es hat den Anschein, als hätten ökologische Verantwortung und ökologisches Handeln quer durch die Parteienlandschaft größere Bedeutung bekommen, auch wenn zwischen gesellschaftspolitischer Notwendigkeit und politischem Handeln nach wie vor eine große Kluft klafft. Sowohl von Politikern, insbesondere Gesundheitspolitikern, erschreckenderweise aber auch von den Ärzten wird nicht begriffen, dass es sich - wie beim Regenwald auch - bei den Menschen um ein Ökosystem handelt, dass in seiner gesunden Funktion ebenso wie bei seiner krankhaften Störung äußerst komplexen Einflüssen durch die Umwelt unterliegt. Ein Sachverhalt, dem in den Strategien des Gesundheitswesens zu wenig Rechnung getragen wird. In jüngster Zeit gelingt es den Menschen praktisch nicht mehr, das Ausmaß und den Umfang von ihnen nicht akzeptierter störender Einflüsse auf ihren Organismus zu beeinflussen und deren Auswirkungen durch ihre Lebensweise zu steuern. Der Mensch bezahlt den Fortschritt mit einem bisher nie gekannten Verlust der Hoheit über seine biologische, physiologische und genetische Integrität.

Inwieweit hierdurch verfassungswidrige Eingriffe in die Unversehrtheit der menschlichen Gesundheit durch nicht gewünschte äußere Einflüsse ungehindert und beständig stattfinden, wird weder unter ethischen (altmodisch), juristischen noch politischen oder gar gesundheitspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik wird ignorant umgangen. Erstaunlich dabei ist, dass selbst Parteien, die sich seit langem ökologischen Themen verschrieben haben, bei diesen wichtigen Fragen kein Interesse zeigen. So wundert es nicht, dass auch in der zurückliegenden Legislaturperiode für den Bereich Umweltmedizin kaum politischer Fortschritt erzielt wurde. Wie keine andere medizinische Disziplin ist Umweltmedizin ganzheitlich orientiert und nur durch Einbindung in politisches und gesundheitspolitisches verantwortungsvolles Handeln sinnvoll zu praktizieren. Risikomanagement ist ohne sie undenkbar. Es liegt klar auf der Hand, dass nur mit Hilfe einer gut funktionierenden Umweltmedizin eine effektive präventive Medizin zu etablieren ist. Durch Krankheitsvermeidung können erhebliche Kosten gespart werden. Unsoziale und inhumane Leistungsbegrenzung führt bei steigender Morbidität der Bevölkerung nicht zum Ziel.

In der repräsentativen Umfrage „Umweltbewusstsein in Deutschland 2004“ gaben 22 % der Befragten an, dass sie sich schon damals stark oder sehr stark gesundheitlich durch Umweltprobleme belastet fühlten. 75 % der Bevölkerung waren davon überzeugt, dass die Bedeutung dieser Probleme weiter steigen würde. Gleichzeitig

stellten 62 % fest, dass sie sich zu diesen Themen schlecht informiert fühlten und das Informationsbedürfnis entsprechend groß sei. Angesichts der Multimorbidität der Bevölkerung ist man trotz gestiegener Lebenserwartung weit davon entfernt, den in der Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister der Europäischen Union in Frankfurt bereits 1989 gestellten Forderung näher gekommen zu sein, wonach eine Umwelt zu schaffen sei, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheits- und Wohlbefinden ermöglicht. Es sollten Information und Anhörung über die Lage der Umwelt, sowie über Pläne, Entscheidungen und Maßnahmen erfolgen, die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit haben.

Schaut man beispielsweise die aktuellen Forschungsanstrengungen in den Bereichen Nano- und Gentechnologie oder elektrischer und elektromagnetischer Felder an, so stellt man leicht fest, dass das Gewicht sehr einseitig auf den ökonomischen und technischen Nutzen ihrer Anwendung ausgerichtet ist und dass Forschung, die sich mit möglichen Risiken oder gar deren Folgekosten beschäftigt, weder finanziert noch gefördert wird. Untersuchungen hatten gezeigt, dass das Verhältnis der Förderung von Forschung des technologischen Nutzens zum gesundheitlichem Risiko in einem Verhältnis von 50 : 1 erfolgt. Die normative Kraft des Faktischen hat auch hier längst gegriffen. Durch unzureichend untersuchte Technologien und deren alltäglichen Gebrauch sind die umweltmedizinischen Probleme der Zukunft schon wieder vorprogrammiert. Man hat aus den schweren Fehlern der Asbestverwendung, des Gebrauchs der Holzschutzmittel, der Hintergrundbelastung mit Dioxinen, Furanen, von DDT und polychlorierten Biphenylen u.a.m. nichts gelernt, obwohl durch deren Eintrag die Gesundheit derzeit lebender Menschen direkt und durch die genetischen und epigenetischen Wirkungen auch die der nächsten Generationen nachhaltig beeinflusst wird.

Es ist irrig zu glauben, dass dem Bereich Umweltmedizin Genüge getan wurde, als man diesen Terminus anderen Disziplinen selbstverständlich als Anhängsel beifügte (Hygiene und Umweltmedizin, Toxikologie und Umweltmedizin, Arbeitsmedizin und Umweltmedizin, Allergologie und Umweltmedizin). Das Wissen dieser Disziplinen genügt nicht annähernd den Anforderungen. Es werden dringend Lehrstühle an den Universitäten benötigt, deren Lehrstuhlinhaber tiefgreifende Kenntnisse der Pathophysiologie der immunologischen, neuralen und humoralen Effekte von Umwelteinflüssen, ihrer Begünstigung durch genetische Voraussetzungen, ihrer weitreichenden Folgen durch epigenetische Effekte sowie praktische Erfahrung in Diagnostik und Therapie der Umweltkrankheiten haben. Die auf nicht ausreichend Evidenz

basiertem Niveau erfolgte Psychopathologisierung vieler Menschen und der damit verbundene, seit vielen Jahren stetig aber erfolglos steigende Einsatz von Psychopharmaka muss auf den wissenschaftlichen Prüfstand. Keine der relevanten Parteien oder Koalitionen hat in der Vergangenheit einen Schritt in diese Richtung getan. Mit der Lehrtätigkeit auf dem Gebiet der Umweltmedizin muss die Korrektur des längst überholten Wissens erfolgen und die Pathophysiologie komplexer chronischer Erkrankungen besser zur Geltung kommen. In stärkerem Maß als bisher muss die individuelle Risikoanalyse im Vordergrund stehen, die erkennen lässt, welche Personen durch welche Einflüsse in welchem besonderen Maß gefährdet und wie sie zu schützen sind.

Die Nagelprobe für politische Parteien war die Gestaltung des neuen Konzepts zur Verbesserung der Chemikaliensicherheit (REACH), dessen ursprünglicher Entwurf des Weißbuch einen wesentlichen Fortschritt hätte bedeuten können. Es waren gerade deutsche Einflüsse, die zu einer erheblichen Abschwächung des Entwurfs führten, wobei sich CDU/CSU als auch SPD als industriefreundliche Parteien gezeigt und ein besseres Regelwerk verhindert haben. Aber auch Die Grünen blieben bei der inhaltlichen Diskussion erstaunlich stumm und nahmen die Entwicklung billigend in Kauf. So wird auch für Zukunft Toxikologie und Arbeitsmedizin trotz ihrer begrenzten Methodik aufgeputzt und weiterhin salonfähig gemacht. Die Kritiken und innovativen Anregungen aus den Reihen der Umweltmediziner fanden bei den Parteien kein Gehör. Generell kann gesagt werden, dass sich keine der relevanten politischen Parteien darum bemüht hat, endlich eine Verbesserung der umweltmedizinischen Situation in Deutschland und Europa zu schaffen, auch wenn sich bei ihnen einzelne Abgeordnete finden, die diese Notwendigkeit erkannt haben. Sie sind allerdings in den eigenen Parteien eher Außenseiter und besitzen nicht genügend Einfluss und politische Kraft, um Mehrheiten oder Handlungsfähigkeit zu erreichen. Die Gesundheitsministerin der großen Koalition von CDU/CSU und SPD, der ein Fortschritt auf diesem Gebiet ein ganz wichtiges Anliegen hätte sein sollen, hat sich nie ernsthaft für diese Fragen interessiert. Wie unwichtig ihr das ganze Thema war, hatte sie dadurch dokumentiert, dass sie in der vorletzten Legislaturperiode zur 4. Ministeriellen Konferenz der Gesundheits- und Umweltminister in Budapest nicht erschienen war, die sich mit diesen Themen beschäftigte. So wurde Deutschland dort nur durch eine Staatssekretärin repräsentiert, deren Kenntnis über die tatsächliche deutsche Situation erschreckend schlecht war. Vorträge und inhaltliche Auseinandersetzungen deutscher Wissenschaftler in den Parallelveranstaltungen der Non Government Organisations (NGO) wurden dort gar nicht durch das eigene Land unterstützt, sondern fanden auf Einladung eines anderen Lands der EU statt.

Der längst überfälligen Neuregelung des Berufskrankheitenrechts im eigenen Land mit Umkehr der Beweislast, Sicherung einer unabhängigen Dokumentation der individuellen Schädigung an Arbeitsplätzen und Änderung des doppelten kausalen Prinzips sowie die Berücksichtigung der individuellen Suszeptibilität haben in der zurückliegenden Zeit alle großen Parteien vermieden. Einer inhaltlichen Diskussion sind sie aus dem Weg gegangen. Dies überrascht bei CDU/CSU und FDP weniger. Bemerkenswert ist aber, dass SPD und Die Grünen sich ebenso wenig diesen Problemen gestellt haben wie Die Linke. Aber auch außerparlamentarische Organisationen wie die Führungsetagen der Gewerkschaften oder

des VdK haben dies versäumt. Merkwürdigerweise unterstützten auch die gesetzlichen Krankenversicherungen entsprechende Bemühungen des Deutschen Berufsverband der Umweltmediziner (dbu) und der European Academy for Environmental Medicine (EUROPAEM) nicht, obwohl dies in ihrem ureigensten Interesse gewesen wäre. Es besteht offensichtlich ein breiter Konsens, an der gegenwärtigen Situation nichts zu ändern, so dass die absurde Diskrepanz der Meldung der Häufigkeit solcher Erkrankungen zur tatsächlichen juristischen Anerkennung weiterhin bestehen bleiben wird. Der Mensch ist als minderere Kostenfaktor eingeplant. Recht ist eine Konvention, durch die Unrecht auch in einem Rechtsstaat legalisiert sein kann.

Es bedrückt, wie hilflos die Spitzenvertreter der Bundesärztekammer in der öffentlichen Diskussion mit Politikern sind und wie schlecht sie darüber informiert sind, welche enormen Kosten in das Gesundheitswesen abgewälzt werden, die politisch gewollt und zumindest akzeptiert, allerdings weder durch Ärzte und durch Erkrankte verursacht oder gar zu verantworten sind. Die Spitzenverbände der Ärzteschaft haben allerdings auch nichts getan, diesen Sachverhalt transparent zu machen und diese Entwicklung zu verhindern.

Wenn es den politischen Parteien in Zukunft nicht gelingt, die Abhängigkeit der universitären Forschung von Drittmitteln zu reduzieren und Geld wieder in sinnvolle Grundlagenforschung statt nur in die Entwicklung kommerzieller Produkte zu investieren, wird das Gesundheitswesen nie mehr genesen und sich von seinen solidaren und sozialen Grundgedanken endgültig verabschieden müssen. Die Ungleichheit liegt weniger in der Verteilung des Gelds als in der Verteilung von Krankheit. Das Gesundheitswesen wird unter solchen Umständen trotz aller finanzpolitischer Strukturmaßnahmen einen Zusammenbruch erleiden, der dem jüngsten des Bankenwesens nicht nachstehen wird. Es hat seit der Schaffung des Gesundheitswesens zu Beginn der Bundesrepublik bis jetzt nichts gegeben, was den anspruchsvollen Namen Gesundheitsreform verdient hätte. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie stark die Ministerien und administrativen Institutionen in ihren Entscheidungen längst von Interessenvertretern der Industrie beeinflusst sind.

Praktische Umweltmedizin ist weder eine ökologische noch eine politische Bewegung, sondern eine wissenschaftlich ausgerichtete effiziente Disziplin der Medizin, deren wachsende Kenntnis das Verständnis der Pathogenese chronischer Krankheiten aller medizinischen Fachgebiete verändern wird. Ihr Nutzen übersteigt ihre Kosten in einem Maß, wie in keinem weiteren Gebiet. Nur wer mit dem bisher Erreichten zufrieden ist, kann auf einen solchen Ansatz verzichten.

Die Realisierung ist allerdings völlig abhängig von der Position der Parteien, vor allem der Regierung. Bei deren Prioritäten wird es auch in Zukunft nicht zu erwarten sein, dass eine wesentliche Verbesserung der Situation eintritt. Die Umweltmediziner als Lobbyist der biologischen, physiologischen und gesundheitlichen Integrität der Menschen ist in der deutschen Parteilandschaft ohne Resonanz. Haben die von all dem betroffenen Patienten bei der Wahl auch eine Wahl? Wohl schon - zwischen Szylla und Charybdis.

*Dr. med. Kurt E. Müller
Dermatologie-Berufsdermatologie-Umweltmedizin
Leutenhofen 19, 87448 Waltenhofen/Allgäu
T: 08303/92 97 284 F: 08303/92 97 285*